

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 2.75 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 8.— Mk., für 1 Monat 3.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 003.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Petitzeile 1.25 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile mit Platzvorschrift 1.50 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile Familiennachrichten 1.10 Mk. Die Reklame-Petitzeile 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Der Bolschewismus in Asien.

Erzberger enthüllt wieder.

Berlin 5. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In einer Zentrumsvorlesung in Stuttgart sprach der Reichsfinanzminister Erzberger über die gegenwärtige politische Lage und machte nach einem Telegramm des Berliner Tageblatts dabei bedeutungsvolle Mitteilungen. Der erste Teil seiner Rede war den Geschäftsführungen der Reichsparteien gewidmet. U. a. teilte er dabei mit, Hindenburg sei es selbst gewesen, der ihm feierlich bei den Waffenstillstandsverhandlungen ein Telegramm gesandt habe, wonach er den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnen solle, auch wenn seine Mitteilungen zu erzielen seien.

Auf finanziellen Gebiete kündigte Erzberger zwei neue Steuerentwürfe an: eine Vermögenszuwachs- und eine Körperschaftsteuer und machte nähere Angaben über die in Vorbereitung begriffene große Beamtenbesoldungsreform.

Das Körperschaftgesetz soll alle die Träger oder Bezahler von Einkommen erfassen, die nicht der Einkommensteuer für die natürlichen Personen unterliegen. In dieser Steuer soll auch eine Abgabe auf die tote Hand enthalten sein. Der Steuerfuß soll 10 Prozent betragen und steigt bei Erwerbseinkünften auf 20 und 30 Prozent des Einkommens. Das Ergänzungsteuergesetz soll den Vermögenszuwachs besteuern, indem es die sich neu bildenden Vermögen erfasst. Die Sätze sollen relativ niedrig gehalten werden und mit 10 Prozent endigen.

Die Besoldungsreform ist wie folgt gedacht: Das Grundgehalt soll den Beamten rechtzeitig die Errichtung eines eigenen Hausstands ermöglichen, und Ortzulagen sollen für die örtlichen Verhältnisse den notwendigen Ausgleich bieten. Durch Kinderzulagen soll dem Anwachsen der Familienlasten Rechnung getragen werden. Eine Vereinfachung in der Zahl der Beamtenklassen soll eintreten.

Verzögerung der Ratifikation.

Ueber eine neue Verzögerung in dem Austausch der Ratifikationsurkunden wird aus Paris berichtet. Die Schuld für die abnormale Verzögerung wird auf die ungenügenden Vollmachten des Herrn Simon geschoben. Man sagt, er könne keine selbständigen Entscheidungen treffen und müsse wegen jeder strittigen Frage erst bei der Berliner Regierung Instruktionen einholen. Die schnelle Ratifikation hänge also eng von der raschen Übermittlung der Instruktionen der deutschen Regierung an ihre Pariser Delegation ab.

Nach einer Meldung aus London erklärte Lord Robert Cecil in einer Versammlung in Leeds, die Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund müsse bejahend entschieden werden. Die allgemeine Sicherheit werde dadurch nicht verlieren, sondern gewinnen.

Die Entente gegen die Truppenansammlungen in Oberschlesien.

Lu. Bern, 3. Januar. In einer Note an die deutsche Abordnung in Paris weist die Entente auf die angebliche Häufung von militärischen Nachschuttseln in Oberschlesien hin.

Englische Flottenmanöver im Mittelmeer.

Kopenhagen, 3. Januar. Auf Befehl der britischen Admiralität sollen Mitte Januar große Manöver der britischen Atlantik- und Mittelmeerflotte im Mittelmeer stattfinden. Es soll eine Streitmacht entsandt werden, wie sie von gegenwärtigen Generationen noch nicht gesehen worden ist. Es wird betont, daß die Manöver keinen politischen Zweck haben, andererseits wird hervorgehoben, daß die Admiralität eine Gelegenheit habe, die strategisch-taktischen Probleme im Mittelmeer zu studieren. Dem Popolo d'Italia zufolge haben diese Nachrichten in Rom große Beunruhigungen hervorgerufen. Es wird angenommen, daß England dadurch seinen künftigen Forderungen gegenüber Italien Nachdruck verleihen wolle.

Vordringen des Bolschewismus im Südoften.

Pariser Zeitungen veröffentlichen Einzelheiten über die Unruhen in Persien. Eine Depesche aus Teheran an die Times meldet, daß die Lage an der jhrlichen Grenze Persiens sich rasch verschlimmert. Die Bolschewisten rücken längs der Transkaspischen Bahn vor und machen erbitterte Anstrengungen, die Stellung von Kasanowitsch, den Endpunkt der Bahnlinie am Kaspischen Meer, zu erreichen. Dagegen amtlisch in London eingetroffene Nachrichten melden, daß die roten Truppen noch über 120 Kilometer von dieser Stadt entfernt sind, meldet der Korrespondent der Times, daß sie viel näher seien, und die weißen Truppen sich zurückzögen. Der Grund des Vordringens der roten Truppen, das Kaspische Meer zu erreichen, ist offensichtlich das dringende Bedürfnis nach Petroleum.

Es entwickelt sich eine lebhafteste antienglische Propaganda in den mohammedanischen Staaten Zentralasiens. Eine bolschewistische Liga unter dem Namen „Liga zur Befreiung des Orients“ erklärt, daß ihr Persien und Afghanistan als Kanäle dienen sollen, um das rote Evangelium in Indien einzuführen. Das Gerücht, daß Enver Pascha kürzlich in Tashkent eingetroffen sei, scheint nicht ohne Begründung zu sein. Eine Londoner Depesche aus Delhi an das gleiche Blatt meldet, daß die indische Regierung lebhaft die bolschewistische Propaganda in Zentralasien unterdrücke.

Schließlich von Teheran haben, wie der Corriere della Sera aus Konstantinopel meldet, neue Kämpfe zwischen den kuffandischen und den Truppen stattgefunden. Ueber Teheran wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Führer der unabhängigen Bewegung sind verhaftet worden.

Zur Januarerhebung 1919 in Berlin.

Berlin, 5. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In einem Leitartikel der Freiheit bespricht Genosse Ledebour die Berliner Erhebung vor einem Jahre. Er erklärt: „Die Januar-Erhebung war der historisch notwendig gewordene Tatbeweis dafür, daß es dem Berliner, daß es dem deutschen Proletariat Ernst war mit der Revolution. Es war eine Probe auf die Lebensfähigkeit der beiden Parteien, in die die Revolutionsbewegung damals wie heute verfiel, der Unabhängigen und der Kommunisten. Hätten sie damals versagt, so hätten sie ihre Zukunft geopfert und mit ihr den Sieg der sozialen Revolution auf unbeschreibliche Zeit verteuert. Demgegenüber ist es völlig belanglos, daß uns ein augenblicklicher Erfolg nicht besiegen darf.“

Ledebour führt weiter aus, daß im November Massen und Führer versagt hätten. Die Führung hätte vor einem sofortigen Vorschlagen an dem Termin zurückgeschreckt, der der revolutionären Bewegung einen Sieg, und zwar, nicht nur einen Anhangserfolg verbürgte hätte: dem 5. November. Dadurch wären die Rechtssozialisten zu Herren der Situation geworden und Parteileitung sowie Fraktion der Unabhängigen hätten ihnen das noch durch den Eintritt in die Regierung erleichtert. Die Erfahrungen, die die Arbeitererschaft mit der Politik der neuen Machthaber gemacht hätten, hätten dann aber anfruchtbar und aufklärend gewirkt. Die Stimmung wäre immer kritischer geworden. Auch die Rechtssozialisten hätten das gesehen und wären dadurch auf den Gedanken gekommen, einen „Präventiv-Krieg“ herbeizuführen. Dazu hätte ihnen die widerrechtliche Entsetzung der letzten Reichspräsidentin der L. S. V., die diese noch in Berlin innegehabt hätte, gedient: die gewalttätige Absetzung des Polizeipräsidenten Eichhorn. Diese Herausforderung hätte sich die revolutionäre Arbeitererschaft Berlins nicht gefallen lassen können, ohne sich selbst anzugeben. Ledebour nennt die einzelnen Aktionen, die dann am 5. Januar stattfanden, schwere Fehler, da sie wegen der Kräfteverteilung nur der Regierung zum Vorteil gereicht hätten. Aber daß die für einheitliches Vorgehen disziplinarisch nicht genügend geschulten Massen jenen politischen Verlockungen Folge geleistet haben, ist andererseits ein zwingender Beweis dafür, daß ein Nachgeben in diesem Stadium überhaupt für uns unmöglich wäre.

Es wäre damals das unvermeidliche Gebot der Stunde gewesen, zum Massenstreik und zum Sturze der Regierung aufzurufen. „Es kam in jener Zeit vor allem darauf an, zu beweisen, daß auch in dem revolutionärungewohnten deutschen Volke wenigstens die proletarischen Massen stark und opferbereit genug sind, um Freiheit und Leben einzusetzen für die höchsten Ziele der Menschheit. Dieser Beweis wurde erbracht, und darin liegt das große geschichtliche Verdienst der revolutionären Arbeitererschaft Berlins im Januar 1919.“

Winnig bleibt.

Berlin, 5. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach längerer Aussprache mit dem Oberpräsidenten Winnig nahm der sozialdemokratische Provinzialvorstand Ostprezens, dem Berliner Tageblatt zufolge, eine Entschließung an, worin ausgesprochen wird, daß der Bezirksvorstand den Bestrebungen Winnigs als Oberpräsident die parteipolitischen Auseinandersetzungen nach Möglichkeit auszuschalten, volles Verständnis entgegenbringt. Infolge des Verhaltens der Rechtsparteien, die diesen Bestrebungen ablehnend gegenüberstünden, seien Meinungsverschiedenheiten entstanden, sie seien jedoch kein Grund, ein weiteres Zusammenarbeiten mit dem Oberpräsidenten abzulehnen.

Der Bezirksvorstand sei einzig in dem Wunsche, daß der Genosse Winnig auf seinem Posten verbleibe, Entwürfe jedoch daran die Erwartung, daß sich das Zusammenarbeiten zukünftig enger gestalten werde als bisher.

Die Koalitionspolitik der Rechtssozialisten.

Vor kurzem hat Herr Heinrich Schulz vor den Funktionären der Berliner Rechtssozialisten angekündigt, daß seine Partei in dem bevorstehenden Wahlkampf für den Reichstag einen scharfen Trennungspunkt gegen die Unabhängige Sozialdemokratie ziehen, dagegen mit Zentrum und Demokraten auch künftig eine Gemeinschaft bilden würde. Diese unzweideutige Wahlparole hat hier und da einiges Erstaunen hervorgerufen; denn noch vor wenigen Wochen hätte doch Herr Scheidemann zum Kampf gegen die Reaktion aufgerufen, und im Zeichen dieses Kampfes sollte sich die Einigung des Proletariats vollziehen. Nun kommt aber das Gegenteil davon: die Rechtssozialisten richten ihre Front nach links gegen die Unabhängige Sozialdemokratie, die Partei der revolutionären Proletariats, und öffnet ihre Arme weit nach rechts, um mit ihnen die Parteien der Herkules und der kapitalistischen Bourgeoisie zu umfassen. Dieser Widerspruch zwischen der radikalen Phrase und der reaktionären Tat braucht allerdings den nicht in Staunen zu versetzen, der aus der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei weiß, wie sie während des Krieges und besonders nach dem Endscheiden der Opposition sich völlig in ein reformistisches Gebilde verwandelt hat, das sich von den bürgerlichen Parteien nicht viel mehr als nur noch durch den Namen unterscheidet.

Der rechte Flügel der alten Sozialdemokratie hat schon vor dem Kriege den Klassenkampf als Unfuhm bezeichnet und als wichtigste Aufgabe der Partei die parlamentarische Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien gefordert. In Süddeutschland kam das besonders deutlich zum Ausdruck, wo man, je nachdem die Konjunktur es erforderte, mit dem Zentrum oder mit den Liberalen sich verbündete und auf diese Weise die „Reaktion“ bekämpfte. Erreicht wurde damit nur, daß dort, wo der proletarische Klassenkampf und der revolutionäre Wille zur völligen Umgestaltung der Gesellschaft aufgegeben wurde, auch die Partei ihren bisherigen Charakter verlor, das Parteileben verflüchtete und verflachte. Den Vorteil hatten davon die bürgerlichen Parteien, denen jetzt die indifferenten Arbeiter wieder zuliefen, da ihnen die Sozialdemokratie nichts wesentlich Besseres mehr bieten konnte.

Beim Kriegsbeginn bekam dieser Flügel Oberwasser. Die unentschiedenen Elemente in der Partei, die bisher noch zwischen rechts und links geschwankt, bei wichtigen Entscheidungen sich aber, alter Gewohnheit und Tradition gemäß, auf die linke Seite geschlagen hatten, wurden nunmehr von den Reformisten fortgerissen. Ihnen schloßen sich auch solche Leute an, die bisher Vorführer des Radikalismus waren, es jetzt aber für das Gebot der Stunde erachteten, sich eine neue Überzeugung beizulegen. Die Partei selbst konnte in der ersten Kriegszeit nicht reden, nur so laut zu reden die kriegsbegeisterten Parteiführer in den Parlamenten und unter dem Schutze der Zensur in der Presse. Es schien anfänglich so, als wenn nur eine ganz schwache Opposition gegen die Koalitionspolitik der Parteiführer, die sich mit der Kriegspolitik der Regierung deckte, vorhanden sei. Gustav Noske, der heutige Reichswehrminister, hat in der im Jahre 1915 erschienenen Sammelchrift „Die Arbeitererschaft im Neuen Deutschland“ die damalige Situation folgendermaßen geschildert:

„Die sozialdemokratischen Vereine haben sich, nachdem der Unzufriedenheit proklamiert war, der öffentlichen Betätigung fast vollständig enthalten. Sie begnügten sich damit, ihre Verwaltungsarbeiten zu erledigen. In ungeschwächter Kampfbereitschaft sollen sie am Tage des Friedensschlusses auf den Plan treten können. Es ist nicht überflüssig, nochdrücklich darauf hinzuweisen! Die Verflüchtigung des Bürgerkriegs schloß den politischen Kampf während der Dauer des Krieges aus. Es war jedoch für die Stimmung der Bevölkerung nicht gleichgültig, ob mit Zwangsmahregeln eine Opposition unterdrückt oder mit Rücksicht auf die gefährdete Sicherheit des Reichs freiwillig von politischen Kampfmaßnahmen abgesehen wurde. In den verfloßenen neun Monaten hat kaum ein Licht von Süden auf die Geschlossenheit des für seine Existenz kämpfenden deutschen Volkes gewirkt.“

Nun dieser Überzeugung hat der größte Teil der sozialdemokratischen Zeitungen sich entschlossen die Betonung der Geschlossenheit des von Deutschland geführten Kampfes, als unserm Volke aufzuzwingen, zur Aufgabe gemacht. Mehr wie eine Million sozialdemokratischer Blätter gehen täglich ins Land hinaus. Viele tausend Exemplare gelangen in die Schützengräben und an die Kampffront. Eines besonders großen Vertrauens erfreut sich die sozialdemokratische Presse bei ihren Lesern. Befestigung des Vertrauens, wie Sache unseres Vaterlandes, Bedingung des Verständnisses für die unabwendbaren wirtschaftlichen Schäden, die der Krieg im Gefolge hat, die Beschleunigung des jeden Tag von neuem keimenden Umwelts über die Teuerung, Erhaltung höchster Opferbereitschaft bei den Kämpfern liegen sich die meisten unserer Zeitungen angelegen sein.